

Aus Bund und Ländern

Telefon-Umfragen: Zurückhaltung dringend empfohlen

KÖLN. In den letzten Monaten haben sich Mitarbeiter von Firmen, die sich als

Meinungsforschungsunternehmen bezeichnen, telefonisch an niedergelassene Ärzte gewandt und diese gebeten, ihre Auffassung zu einzelnen Arzneimitteln oder Therapieformen bei bestimmten Erkrankungen darzulegen.

► Da bei einem derartigen Vorgehen nicht abzusehen ist, zu welchem Zweck die Antworten verwendet werden, und

► da häufig auch die Unternehmen den ärztlichen Körperschaften nicht bekannt sind,

können letztere auch nicht prüfen, ob Bedenken gegen derartige Befragungen erhoben werden müssen.

► Aus diesem Grunde wird allen Ärzten empfohlen, bei solchen fernmündlichen Anfragen stets äußerste Zurückhaltung zu üben. BÄK/KBV

Wie sichern die Freien Berufe die Qualität?

ERLANGEN. Das Bundesministerium für Wirtschaft hat dem Institut für Freie Berufe an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg einen Forschungsauftrag erteilt mit dem Thema „Qualitätssicherung in ausgewählten Freien Berufen (Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Steuerberater, Architekten und Beratende Ingenieure) unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der ständig wachsen-

den Zahl der Hochschulabgänger, der Rationalisierungstendenzen in Praxen und Büros und berufsspezifischen Regelungen (Berufs- und Standesrecht, Gebühren- und Honorarordnungen)“.

Der Forschungsauftrag schließt sich an die Tatsache an, daß die Qualitätssicherung in den Freien Berufen bereits Thema eines wissenschaftlichen Seminars des Instituts gewesen ist. Das Forschungsprojekt soll bis Ende 1985 abgeschlossen sein. EB

Ärzeschaft appelliert an Länderregierungen

KÖLN. Unverzüglich nach Inkrafttreten des „Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung“ hat die Bundesärztekammer an die Bundesländer appelliert, bei den noch zu erlassenden landesrechtlichen Anschlußvorschriften

ten auch die ärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften in den Kreis der „unmittelbar und wesentlich Beteiligten“ einzubeziehen. § 7 Absatz 1 des neuen Gesetzes sieht lediglich vor, daß über landesrechtliche Vorschriften der Kreis der an der Krankenhausplanung und Aufstellung der Investitionsprogramme „unmittelbar Beteiligten“ näher umrissen wird. Die Bundesärztekammer weist darauf hin, daß aus der Begründung des Gesetzes hervorgehe, daß zwar die Krankenträger, die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen und die Landesbehörden zu den Beteiligten in erster Linie zählen, der mitbestimmungsberechtigte Kreis jedoch nicht auf diese begrenzt werden dürfe.

Nach dem rheinland-pfälzischen Landesrecht ist die Landesärztekammer bereits an der Krankenhausplanung und der Aufstellung der Investitionsprogramme beteiligt. EB



Nach zehnjähriger Bauzeit fand Ende letzten Jahres die Übergabe des neuen Klinikums an die Philipps-Universität Marburg durch die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst statt. Der Neubau, der 600 Betten faßt und wegen der Enge in der Altstadt und wegen der Überalterung einiger Gebäude auf den Lahnbergen außerhalb der Stadt errichtet wurde, besteht aus kleinen, überschaubaren Einheiten von jeweils rund 18 Betten. In einem zweiten Bauabschnitt plant das Land Hessen, die Anzahl der Betten im neuen Klinikum zu verdoppeln und weitere Kliniken von den bisherigen Standorten in der Stadt auf die Lahnberge zu verlagern Foto: Szameitat

Kernspintomograph auch an Uni Köln

KÖLN. Die Universität Köln hat von der Deutschen Forschungsgemeinschaft einen Kernspintomographen für die klinische Forschung erhalten. Neben der Tumorforschung sollen unter anderem mit eigens dafür entwickelten Oberflächenspulen Herzerkrankungen diagnostiziert und Herzfunktionen untersucht werden. jv

Berlin ist nicht mehr Drogenzentrum

BERLIN. In seinem letzten Drogenbericht hat der Berliner Senat festgestellt, daß Westberlin nicht mehr das bevorzugte Reiseziel Drogenabhängiger aus der gesamten Bundesrepublik und aus dem Ausland darstelle.

Die positive Bilanz der Drogenpolitik führt Dr. Hanna-Renate Laurien, Senatorin für Schulwesen, Jugend und Sport, darauf zurück, daß die Therapieangebote ständig erweitert würden und die Therapie vor der Strafe Vorrang habe. Dies könne insbesondere durch die hohe Leistungsfähigkeit der Selbsthilfegruppen gewährleistet werden, so die Senatorin weiter. Die abnehmende Zahl an Drogentoten stelle auch die Leistungsfähigkeit des Rettungssystems unter Beweis, zumal die Zahl der Rettungsfahrten und Intensivbehandlungen in etwa unverändert blieb. Für 1985 plane der Berliner Senat eine erste therapeutische Gemeinschaft speziell für drogenabhängige Ausländer und Haftentlassene, so Frau Laurien weiter. Außerdem wolle man sich verstärkt um die berufliche Rehabilitation ehemaliger Drogenabhängiger kümmern. jv